Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Kiel, 07.05.2009

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Investitionserleichterungsprogramm zur Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein

Das Wort Investitionserleichterungsprogramm ist ja positiv besetzt und so kann es nicht wundern, dass man erst einmal sagt, dass ein solches Programm natürlich sehr wünschenswert wäre. Doch kann man sich auch gut vorstellen, dass es unterschiedliche Auffassungen dazu gibt, wie ein solches Programm aussehen sollte. Allerdings möchte ich grundsätzlich hervorheben, dass es in erster Linie wichtig ist, die Binnenkonjunktur wieder anzukurbeln, damit die Waren und Dienstleistungen, die produziert werden, auch ihren Konsumenten finden können. Ein Investitionserleichterungsprogramm macht daher nur Sinn, wenn die Rahmenbedingungen in Ordnung sind. Und das sind sie hier bei uns in Deutschland bei weitem nicht. Wenn die Binnenkonjunktur florieren soll, müssen die einfachen Arbeitnehmer finanziell entlastet werden. Bevor man also ein Steuererleiterungsprogramm für Selbständige und Unternehmen fordert, muss erst einmal der Normalbürger steuerlich entlastet werden. Außerdem müssen dann auch alle die, die von staatlichen Leistungen abhängig sind, mit in die Betrachtung aufgenommen werden. Dies ist eine Klientel, die einen besonders hohen Anteil ihres Geldes konsumiert. Hier ist die Chance am größten, dass das Geld, das durch den Staat ins System eingespeist wird, auch wirklich in den Wirtschaftskreislauf gelangt.

Wenn wir also, die Menschen, die nur über geringe oder niedrige Einkommen verfügen, entlastet haben, dann kann man auch über Investitionserleichterungsprogramme reden. Von diesen Entlastungen für die Menschen sind wir aber noch weit entfernt und deshalb kann man ein solches Programm schon aus diesem Grunde kritisch sehen. Die Rahmenbedingungen in Deutschland sind derzeit Dank der Großen Koalition in Berlin so, dass auch das beste Investitionsförderprogramm nicht richtig greifen kann. Dies wollte ich vorausschicken, damit deutlich wird, dass jedes noch so gut gemeinte und gut gemachte Investitionsprogramm immer auch vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen zu sehen ist und man durchaus die Auffassung haben kann, dass das Pferd von der falschen Seite aufgezäumt wird, wenn die Rahmenbedingungen, wie bei uns in Deutschland, nicht stimmen.

Betrachtet man den Antrag der FDP, so findet man eine Vielzahl von Vorschlägen, zu denen man durchaus die gleichen aber eben auch unterschiedliche Auffassungen haben kann. Der grundsätzliche Tenor des Antrages ist: Gibt den Unternehmen, was sie wollen und allen geht es dann besser. Das dieser Ansatz zu kurz springt, zeigt schon der erste Bereich, der sich um die Mittelstandsfinanzierung dreht. Es ist unbestritten, dass Erleichterungen in der Kreditvergabe - und hier insbesondere im Verfahren zur Kreditvergabe – den Unternehmen helfen. Allerdings wird schon im ersten Punkt des Antrages gefordert, dass Unternehmen Darlehen für alle betrieblichen Zwecke erhalten können sollen. Damit würde die Politik ihrer Steuerungsfunktion nicht mehr gerecht werden. Es geht nämlich nicht darum – wie es die FDP wünscht – Unternehmen mit billigen Krediten staatlich zu subventionieren. Sondern durch die Lenkung von Krediten in bestimmte Bereiche sollen gesamtgesellschaftlich gewollte Prozesse gefördert werden und die Wirtschaft in Bereichen umgestellt werden, damit sie neuen Herausforderungen gerecht werden kann. Dieses Ziel hat nichts mit Subventionen zu tun und ist damit politisch gerechtfertigt. Billige, sichere staatliche Kredite ohne Zielsetzung schaden dem Wettbewerb und sind nichts anderes als Subventionen durch die Hintertür und das lehnen wir als SSW ab.

Positiv sehen wir die Forderung der FDP nach neuen Programmen, Kredite schnell und unbürokratisch zu vergeben. Ich habe allerdings auch den Eindruck, dass das Wirtschaftsministerium nicht unbedingt so unbürokratisch handelt, wie es aufgrund des Antrages den Anschein haben mag. Gleichwohl zeigen die ehemaligen Existenzgründerinnenprogramme, dass solche Programme funktionieren können. Diese Existenzgründerinnenprogramme gibt es nicht mehr und es wäre zu überlegen, ob diese erfolgreichen Programme wieder aufgelegt werden könnten. Dazu müsste dann aber auch das Netz der Beratungsstellen „Frau und Beruf“ gestärkt werden.

Ein weiterer Punkt des FDP-Antrages ist der Wunsch, dass Unternehmen und

Selbständige ihre Steuervorauszahlungen reduzieren können. Die erste Frage, die sich dann stellt, ist natürlich: Warum sollen Freiberufler oder auch normale Arbeitnehmer ihre Zahlungen nicht auch reduzieren dürfen? Deren Beitrag zur wirtschaftlichen Gesundung unseres Landes könnte ja genauso hoch sein.
Aber darüber hinaus hätten wir dann ja noch ein weiteres Problem. Zwar darf man seine Steuervorauszahlungen reduzieren, aber bei der Endabrechung im folgenden Jahr wäre dann eine Steuernachzahlung fällig. Dann würden wir nur ein Jahr später alles das wieder einreißen, was möglicherweise in den einen oder anderen Fall kurzfristig durch die Reduzierung der Vorauszahlung gewonnen worden wäre. Ein richtige Hilfe wäre dies somit auch nicht.
Helfen würden eigentlich nur Regelungen, die dauerhaft zu einer Entlastung führen würden. Allerdings braucht der Staat Steuern für die gesellschaftlichen Aufgaben, die er zu erfüllen hat. Und wenn schon über Steuererleichterungen geredet wird, dann müssen diese zuallererst den Normalbürgern zugute kommen. Das stärkt die Binnenkonjunktur am besten.

Sehen wir uns nun den zweiten Bereich an, der im Antrag angesprochen ist: der Bürokratieabbau. Bürokratie muss abgebaut werden, das ist klar. Hierbei geht es aber in erster Linie um den Abbau von Doppelzuständigkeiten und von unübersichtlichen Verwaltungsstrukturen. Es sind weniger die Gesetze und Verordnungen das Problem, sondern vielmehr die vielen Verwaltungen und die vielen verschiedenen Zuständigkeiten. Wenn also die FDP fordert, Gesetze und Verordnungen zeitlich zu begrenzen, dann gewinnt sie erst einmal gar nichts, weil die Regelungen ja unverändert bestehen bleiben. Sie verliert aber an politischen Einfluss, weil über diese Regelungen nicht mehr politisch diskutiert werden muss, wenn sie wegfallen sollen. Dies schadet unserem politischen System mehr als das dies dem Bürokratieabbau nutzt.

Genauso verhält es sich mit dem so genannten Genehmigungsfiktion. Entweder haben wir rechtliche Regelungen, dann müssen wir uns auch daran halten, oder wir haben diese eben nicht. Wir als SSW sind der Auffassung, dass ein und der selbe Tatbestand immer gleich behandelt werden muss. Mit einem Anzeigeverfahren können wir im Einzelfall leben. Aber, dass beispielsweise eine nicht rechtmäßige Baumaßnahme auf einmal rechtens sein soll, weil die Bauverwaltung eine Bearbeitungsfrist nicht einhalten kann, werden wir so nicht akzeptieren können.

Gleiches gilt für die Abschaffung von Beauftragten oder auch die Schleifung des Bau-, Naturschutz-, Denkmalschutz- und Landesplanungsrechtes. Alle diese Bestimmungen sind Ausfluss von politischen Prozessen und dürfen nicht einfach so außer Kraft gesetzt werden. Wenn Regelungen geändert werden sollen, kann man in diesem Haus einen konkreten Antrag mit konkreten Vorschlägen stellen, der dann politisch unter Beteiligung der

betroffenen gesellschaftlichen Organisationen diskutiert wird. Soll es dann Änderungen geben, so ist dies eine politische Entscheidung, die zu respektieren ist. Automatismen darf es aber nicht geben. Solange die Gesetze so sind wie sie sind, sind sie einzuhalten und auch notwendig.

Den Kern der Sache trifft die FDP nach unserer Auffassung aber im dritten Teil ihres Antrages, in dem sie dazu auffordert, die Verwaltung mittelstandsfreundlicher zu gestalten. Genau das ist der Kern. Es müssen effiziente Verwaltungsstrukturen geschaffen werden. Betrachtet man die kommunale Verwaltung, so kann man feststellen, dass die große Koalition total versagt hat. Normal wäre es gewesen, wenn wir eine dreigliedrige Verwaltung bekommen hätten, die auf allen drei Ebenen von der Politik in ihrem Rahmen gesteuert worden wäre. Land, Kreise und große, leistungsfähige Kommunen wäre das Bild von einer idealen dreigliedrigen Verwaltung gewesen. Statt dessen haben wir auf Landesebene eine verwirrende Vielzahl von Zuständigkeiten und dazu Kreise, die durchaus mehr Aufgaben als Selbstverwaltungsaufgaben übernehmen könnten und wollten. Darüber hinaus leisten wir uns eine kleinteilige kommunale Struktur mit Gemeinden, großen und kleinen Ämtern, Amtskooperationen und Zweckverbänden, die das Verwaltungschaos mit eingebauten Demokratiedefizit mehr als deutlich machen. Unter solchen Bedingungen kann es keine bürger- und unternehmensfreundlichen Strukturen geben und schnelle und transparente Entscheidungen sind hierbei auch nicht möglich.

Wer also einen guten Service für Bürger und Unternehmen bieten will, braucht eine gute Verwaltungsstruktur, moderne und innovative Dienstleistungen und eine entsprechende Ausstattung der Verwaltungen. Alles dies fehlt uns noch und hier haben wir in der Tat eine politische Baustelle, die die große Koalition zwar einmal besichtigt hat, aber die sie unverrichteter Dinge wieder verlassen hat.
Wenn die FDP in ihren dritten Punkt allerdings nur davon spricht, dass die Leistungen der Verwaltungen bewertet und ihre Bürokratiekosten ermittelt werden sollen, ist das nach unserer Auffassung nicht genug. Vielmehr müssen alle Auswirkungen von Verwaltungshandeln in die Betrachtung mit einbezogen werden. Zukünftige gesellschaftliche Kosten von Verwaltungshandeln ebenso, wie auch die Umsetzung gesetzlich festgelegter Ziele. Verwaltungen sind nicht in erster Linie Umsetzungsgehilfen für die Wirtschaft, sondern sie setzen politisch formulierte gesellschaftliche Ziele um. Das ist das Maß an dem wir als SSW das Verwaltungshandeln messen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der FDP-Antrag Licht und etwas mehr Schatten hat und er so sicherlich nicht zustimmungsfähig ist. Aber losgelöst von einzelnen Lösungsvorschlägen möchte ich noch einmal darauf aufmerksam machen, dass Grundvoraussetzung für die nachhaltige Wirkung von solchen Vorschlägen immer die Ankurbelung der Binnenkonjunktur ist. Und diese Diskussion dreht sich dann beispielsweise um Steuerentlastungen

für Kleinverdiener, Verbesserung von Sozialleistungen oder die Einhaltung von Tariflöhnen. Diese Themen sind wichtiger für das soziale Gefüge einer Gesellschaft und sie wirken sich unmittelbar und schnell auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Und zwar zum positiven.